



Pressespiegel

Ausgabe: 25.06.2018



Zoll Duisburg prüfte 68 Betriebe der Branche

IG BAU kritisiert geringes Kontrollrisiko für Reinigungsfirmen in Duisburg und am Niederrhein

Schmutzige Praktiken kaum geahndet: Reinigungsfirmen in Duisburg und am Niederrhein geraten nur selten ins Visier des Zolls. Das bemängelt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar- Umwelt. Nach IG BAU-Angaben überprüfte die Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim zuständigen Hauptzollamt Duisburg im vergangenen Jahr insgesamt 68 Reinigungsunternehmen in der Region. Zum Vergleich: Allein in Duisburg und am Niederrhein zählt die Branche laut Arbeitsagentur 182 Betriebe.

Die IG BAU Duisburg-Niederrhein spricht von „Gelegenheitsvisiten“ der Zöllner. „Der Finanzkontrolle Schwarzarbeit fehlt es an Personal, um illegale Machenschaften in allen Wirtschaftsbereichen konsequent zu verfolgen“, sagt IG BAU-Bezirksvorsitzende Karina Pfau. Komme es dann doch zur Prüfung, gebe es in der Reinigungsbranche häufig etwas zu beanstanden. So deckte das Hauptzollamt Duisburg hier im letzten Jahr einen Schaden von rund 1.021.600 Euro wegen nicht gezahlter Steuern und Sozialabgaben auf. Dies hat das Bundesfinanzministerium der Grünen- Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmeke auf Anfrage mitgeteilt. Danach leiteten die Beamten 267 Ermittlungsverfahren gegen Reinigungsfirmen in der Region ein.

„Die Zahlen zeigen, dass so manche Chefs in der Gebäudereinigung weiterhin auf schmutzige Praktiken setzen. Denn wer Löhne drückt oder Sozialabgaben prellt, der schadet nicht nur dem Staat und den Sozialkassen, sondern verzerrt auch den Wettbewerb“, so Pfau. Nur wenn sich alle Unternehmen an die gleichen Standards hielten, könne die Branche zum „Saubermann“ werden.

Dazu gehöre insbesondere die richtige Bezahlung. In der Gebäudereinigung gilt derzeit ein Mindestverdienst von 10,30 Euro pro Stunde. Glas- und Fassadenreiniger müssen einen Stundenlohn von 13,55 Euro bekommen. Diese Löhne sind für alle Reinigungsfirmen in Duisburg und am Niederrhein verpflichtend. Das werde ebenfalls vom Zoll kontrolliert.

Um auf ein „solides Kontroll-Level“ zu kommen, fordert die IG BAU mehr Personal für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Bundesweit seien mindestens 10.000 Beamte notwendig. Auch höhere Bußgelder und Strafen würden die Arbeitgeber deutlich stärker abschrecken, sagt Pfau. Österreich gehe hier viel drastischer vor: Dort liege das Strafmaß für Lohn-Prellerei auf Baustellen bei 1.000 bis 10.000 Euro pro unterbezahltem Mitarbeiter. Sind mehr als drei Mitarbeiter vom Betrug betroffen, wolle ein Bußgeld in Höhe von 2.000 bis 20.000 Euro. Bei wiederholtem Verstoß seien bis zu 50.000 Euro fällig – zu zahlen vom Arbeitgeber. Und zwar für jeden Arbeitnehmer, der um seinen Lohn gebracht wurde.

Lokalkompass



Pressespiegel

Ausgabe: 25.06.2018



1400 neue Zollfahnder gegen Schwarzarbeit

BERLIN (rtr) Im Kampf gegen die Schwarzarbeit will die Bundesregierung in dieser Wahlperiode 1400 neue Stellen beim Zoll schaffen. Allein in diesem und im nächsten Jahr seien jeweils 350 neue Stellen geplant, bestätigte ein Regierungsvertreter am Sonntag. Im Koalitionsvertrag war von Union und SPD vereinbart worden, das Personal aufzustocken. Im vergangene Jahr wurden mehr als 52.000 Unternehmen wegen Schwarzarbeit überprüft – rund 12.000 mehr als 2016. Dabei wurde ein Schaden von einer Milliarde Euro aufgedeckt.

RP Mantel 25.06.2018